Morgen-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Alle Manuskripte gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Mittwoch, 14. Juni	Nr. 918

Empfang zu Ehren des siamesischen Gesandten.

Berlin, 13. Juni. Zu Ehren des siamesischen Gesandten hatte der Präsident des Verbandes für den deutschen Osten, Generaldirektor Dr. h. c. Diehn, zu einem Empfang im Deutschen Auslandsklub Berlin geladen.

Dieser Veranstaltung wohnten u. a. bei der Präsident der Stiftung Deutsches Auslandswerk, Dr. Blunck, SS.-Gruppenführer General von Massow, der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, SS.-Oberführer Dr. Behrends, der stellvertretende Präsident der Vereinigung Zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen, Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, sowie Vertreter des geistigen und wirtschaftlichen Lebens der Reichshauptstadt.

Mit dem siamesischen Gesandten waren der siamesische Generalkonsul Hagedorn sowie Phra Sundara, der ehemalige siamesische Geschäftsträger in Berlin, erschienen.

In einer herzlich gehaltenen Ansprache begrüßte der Vizepräsident des Verbandes für den Fernen Osten, **Dr. Linde**, den Gesandten in den Räumen des Verbandes. Er wies auf die seit vielen Jahren bestehende enge Verbindung des Gastes mit Deutschland hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen möge, durch seine Tätigkeit eine noch engere Verbindung zwischen dem deutschen und dem siamesischen Volke herzustellen.

Der siamesische Gesandte, **Phra Prafasna**, dankte für die Begrüßung und wies darauf hin, wie viele Bande der Erinnerung ihn seit seiner Jugend, in der er in der Lichterfelder Kadettenanstalt einen Teil seiner militärischen Ausbildung erhielt, mit Deutschland verbinden. Er betrachte es als seine vornehmste Aufgabe, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Siam noch mehr als bisher zu beleben.

Mit dem Hinweis auf die schon bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge, auf die stetig fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und den immer stärker werdenden Zustrom der siamesischen Studenten nach Deutschland glaubte er, diesen Beziehungen eine glückliche Prognose stellen zu können.

Fritz Achterberg †.

Berlin, 14. Juni. Am 12. Juni starb das Vorstandsmitglied der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke A. G., Wehrwirtschaftsführer Diplomingenieur Fritz Achterberg, den Fliegertod. Mitten aus seinen großen Aufgaben, die er als Betriebsführer der Junkers Motorenwerke hatte, und auf der Höhe seiner Schaffenskraft wurde er dem von ihm erfolgreich geführten Unternehmen entrissen. Die deutsche Luftfahrt verliert in ihm einen ihrer fähigsten und aktivsten Pioniere.

Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, hat aus Anlaß des Fliegertodes von Direktor Achterberg an den Betriebsführer des Junkers-Konzerns, Dr. Koppenberg, folgendes Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert über die Nachricht von dem tragischen Tod des Herrn Direktor Achterberg übermittle ich Ihnen und den Junkerswerken meine tief empfundene Anteilnahme. Sie selbst wissen, wie unersetzlich dieser Verlust nicht nur für Sie, sondern auch für mich und die ganze deutsche Luftfahrt ist. Ich werde diesem so überaus verdienten und wertvollen Mitarbeiter stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Göring, Generalfeldmarschall."

Beileidstelegramm Dr. Leys zu dem Bergwerksunglück.

Berlin, 13. Juni. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley hat an die Schachtanlage Erin in Castrop-Rauxel folgendes Beileidstelegramm gesandt:

„Soeben erfahre ich von dem furchtbaren Unglück auf der Zeche Erin, Meiner 1, bei dem sechs brave Bergmänner ihr Leben lassen mußten. Ich spreche den Hinterbliebenen, der Betriebsführung und Gefolgschaft meine wärmste Anteilnahme zu dieser Katastrophe aus. Sofortige finanzielle Hilfe wurde bereits veranlaßt."

Auch in diesem Falle hat die Deutsche Arbeitsfront auf Veranlassung von Dr. Ley sofort aus dem Sonderfonds erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Die neue Musikhochschule in Salzburg.

Salzburg, 13. Juni. Am Dienstag wurde in Gegenwart des Reichsministers Rust im Rahmen eines Festaktes die Erhebung des Mozarteums zur Musikhochschule vollzogen.

Gauleiter Dr. Rainer empfing den Reichsminister am Bahnhof. Anschließend begab sich Reichsminister Rust zum Festakt ins Mozarteum.

Musikalische Darbietungen leiteten die Feierstunde ein. Dann richtete **Dr. Rainer** herzliche Worte der Begrüßung an den Reichsminister. Der Nationalsozialismus habe mit der Machtübernahme auch ein kulturelles Erbe übernommen. Dieses Erbe bedürfe nicht nur der Pflege, sondern es verpflichte zu den höchsten Leistungen. Schon mit dieser Feststellung sei das Programm der Kulturstadt Salzburg aufgezeigt.

Der Gauleiter dankte dem Reichsminister dafür, daß er das Mozarteum zur Musikhochschule erhoben habe, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die neue Musikhochschule zu den besten in der Welt zählen möge.

Dann nahm Reichsminister **Rust** das Wort. Er stellte an den Beginn seiner Ausführungen die Tatsache, daß mit der Erhebung des Mozarteums zur Musikhochschule ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieser alten Kulturstätte beginne. Die äußere Rangerhöhung sei aber nicht nur eine Anerkennung für die Pflegestätte der Kunst in Salzburg, sondern auch eine Anerkennung der hohen Musikkultur der deutschen Ostmark.

Rust wies auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Aufbaues der Musikkultur hin, das für den Aufbau einer breitgelagerten Musikkultur eine musische Erziehung besonders wichtig sei. Es gehe nicht an, wie dies früher oft gemacht worden sei, eine Zone für das Volk und eine Zone für eine über dem Volk stehende Schicht festzulegen. Hochziel müsse vielmehr sein, dem gesamten Volk eine Musikerziehung angedeihen zu lassen, bei der es dem Einzelnen überlassen bleibe, nach dem Gipfel der höchsten Vollendung zu streben.

Generalintendant **Krauß** übernahm die Hochschule mit dem Versprechen, die jungen Musiker, die durch diese Schule gehen, mit nationalsozialistischem Kulturgut und nationalsozialistischem Leistungswillen zu erfüllen.

Am Nachmittag hielt das Kuratorium der Stiftung Mozarteum eine Sitzung ab, bei der Landesstatthalter **Dr. Reitter** über Aufgaben und Ziel der Stiftung und über ihren organisatorischen Aufbau sprach.

Die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen.

Warschau, 13. Juni. Der deutsche Senator Hasbach überreichte am Dienstag dem Ministerpräsidenten Sladkowski eine Denkschrift über die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen.

Die Denkschrift enthält eine Aufzählung von Einzelfällen deutschfeindlicher Ausschreitungen und der an Angehörigen der deutschen Volksgruppe von verhetzten polnischen Elementen verübten Gewaltätigkeiten. Allein die Aufzählung der ernsthaftesten Uebergriffe, unter denen die Deutschen in Polen zu leiden haben, nimmt einen Raum von über 70 Schreibmaschinenseiten ein.

Der „Goniec" broht mit Gewalt.

Warschau, 13. Juni. Die zwischen Deutschland und Lettland bezw. Estland abgeschlossenen Nichtangriffsabkommen beunruhigen die polnische Oeffentlichkeit in so starkem Maße, daß einzelne Blätter sich immer noch mit der Frage beschäftigen, wie man die baltischen Staaten mit Gewalt und gegen ihren Willen in das Einkreisungssystem hineinzwingen könnte.

Der **Goniec** erklärt, man sollte einfach von London und Paris aus einseitige Garantieerklärungen für die baltischen Staaten ohne ihr ausdrückliches formales Einverständnis geben. Niemand könne einem Staat verbieten, in Angelegenheiten zu intervenieren, die er für lebenswichtig halte.

Deutschland als Vorbild!

Paris, 14. Juni. Die Medizinische Akademie, die schon mehrfach gegen den Alkoholmißbrauch in Frankreich Sturm gelaufen ist, hat eine neue Aktion eingeleitet und zwei Vorschläge gemacht: 1. in Wahlzeiten und bei Streiks die Schankstätten zu schließen und 2. die schon in Deutschland bewährten Blutproben bei Autounfällen einzuführen, um auf diese Weise feststellen zu können, ob der Unfall auf den Genuß von Alkohol zurückzuführen ist.

Französischer Handstreich auf eine britische Insel.

Paris, 14. Juni. Neben den großen politischen Sorgen, die man sich am Quai d'Orsay und im Foreign Office macht, beschäftigt ein Zwischenfall, der sich wegen einer im Kanal gelegenen britischen Insel ereignete, die Diplomatie.

Vor St. Malo liegt die Insel Minquiers, die britisches Eigentum ist. Ein französischer Maler nahm kürzlich an der Spitze von 50 bretonischen Matrosen von der Insel Besitz. Die englische Flagge wurde eingezogen und das Bild des Präsidenten der Republik aufgestellt. Dann baute man eine kleine Hütte als Unterkunft für die Fischer.

Ein englischer Beamter bemerkte die Veränderung auf der Insel und erstattete Anzeige. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Man glaubt, daß der Zwischenfall eine befriedigende Lösung finden wird.

Sperrmauern gegen die Wahrheit auch um Tunis.

Tunis, 14. Juni. Die französischen Behörden in Tunis haben zwei italienische Wochenzeitschriften, den in Tunis erscheinenden „Britanel" und das in Mailand gedruckte „Giornale delle Meraviglie", für das ganze tunesische Gebiet auf unbegrenzte Dauer verboten.

Die Türkei im Einkreisungssystem.

Ankara, 14. Juni. Ministerpräsident Saydam gab am Dienstag in einer Sitzung der Parlamentsgruppe der Republikanischen Volkspartei bekannt, daß in den französisch-türkischen Verhandlungen über die Abtretung des Sandschaks Alexandrette eine Einigung erzielt worden sei und der Sandschak der Türkei endgültig abgetreten werde.

Vor weiteren Enteignungen in Mexiko.

Mexiko, 13. Juni. Das Arbeitsschiedsgericht in Tampico gab einem Antrag der Oelarbeiter auf Aufhebung des Arbeitsvertrages mit der Oelgesellschaft „La Imperial" statt. Die Gesellschaft war eins der letzten ausländischen Unternehmen, das noch nicht enteignet worden ist. Die Gesellschaft stellte auf Grund der Gerichtsentscheidung die Arbeit ein.

Der Sprecher der von der Gesellschaft mit der Begründung beauftragt worden war, daß die Gesellschaft ihre Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht erfüllt habe, ist möglicherweise das Vorspiel für die Enteignung der Gesellschaft. Bekanntlich ging der Enteignung von 17 ausländischen Oelgesellschaften stets eine Entscheidung des Schiedsgerichtes auf Aufhebung der Arbeitsverträge voraus.

Zweifelhafter Bevölkerungszuwachs in Mexiko.

Mexiko, 13. Juni. In Veracruz lief am Dienstag der französische Dampfer „Sinaia" mit 1800 spanischen Bolschewisten ein, die in Mexiko ein Unterkommen suchen. Zu ihrem Empfang hatte sich der Generalsekretär der bolschewistischen Gewerkschaft in Mexiko eingefunden.

Die Ankömmlinge werden zur Sicherheit in Streusiedlungen über das ganze Land verteilt werden, damit sie keine Möglichkeit haben, ihre berüchtigten Methoden in Mexiko fortzusetzen.

Der Gipfelpunkt der Heuchelei.

New York, 13. Juni. Der Unterstaatssekretär des Außenamtes, **Sayre**, hielt in Bethlehem (Staat Pennsylvania) eine Rede, die die Vorwürfe gegen die Roosevelt-Regierung, der gerade in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit vorgehalten wurde, daß sie das Land in einen Krieg stürzen wolle, bestätigte.

Der Unterstaatssekretär trat nämlich für eine rücksichtslose Einmischungs- und Interventionspolitik der Vereinigten Staaten in die europäischen Angelegenheiten ein.

„Amerikas leidenschaftlicher Wunsch nach Frieden", rief Sayre pathetisch aus, „kann unmöglich durch eine Politik der Isolierung erfüllt werden!"

Um diese anscheinend wenig volkstümliche Behauptung den Zuhörern schmackhafter zu machen, versteg sich der Unterstaatssekretär zu der heuchlerischen Formel, daß eine politische und wirtschaftliche Isolierung Amerikas der direkte Weg in den Krieg wäre.

Seine weiteren Ausführungen standen ebenfalls auf dem tiefen moralischen Niveau der einleitenden Sätze. Selbstverständlich unterschied Sayre zwischen den Staaten, die das Recht verteidigten, und den Staaten, die sich „außerhalb der Gesetze" gestellt hätten. Um die Rechtsordnung zu sichern, müsse man in Amerika entschlossen sein, den „Angriffen" der letzteren Staaten entgegenzutreten. Dies sei nicht der Wunsch nach Krieg, sondern die Anerkennung der Tatsache, daß „einige Dinge noch schlimmer als der Krieg" seien, weil dieser ja nur die Verteidigung von „Grundsätzen" bedeute.

Amerika und die Kriegsschuldenfrage.

Washington, 13. Juni. Das Staatsdepartement gab einen Notenwechsel mit der rumänischen Regierung bekannt, worin dem Wunsche Rumäniens auf Neuregelung der Kriegsschulden sorgfältige Beachtung zugesichert wird. Gleichzeitig aber wird eine von Rumänien in einer Note vom 3. Mai versuchte Verknüpfung der Schuldenfrage mit Handelsbeziehungen als gesetzlich unzulässig zurückgewiesen.

Hull drückte seine Befriedigung darüber aus, daß sich Ungarn wieder zu einer teilweisen Bezahlung der Mitte Juni fälligen Kriegsschulden bereit erklärt habe. Schon seit Februar 1938 liegt ein ungarischer Vorschlag vor, der auch von der Bundesregierung warm befürwortet worden ist, den aber der Bundeskongreß bisher völlig ignoriert hat.

Der Kongreß steht nämlich auf dem Standpunkt, daß der ungarische Vorschlag, keine Zinsen zu zahlen und die bisherigen Zinszahlungen auf die Kapitalschuld anzurechnen, einen bedenklichen Präzedenzfall für die Schulden Englands und Frankreichs schaffen würde.

Für Aufhebung des Waffenausfuhrverbots.

Washington, 13. Juni. Der Außenausschuß des Abgeordnetenhauses hieß am Dienstag die „Neutralitätsvorlage" der Regierung gut, die in erster Linie die Aufhebung des Verbots der Waffenausfuhr an Kriegführende vorsieht. 12 Demokraten stimmten dafür, 8 Republikaner dagegen.

Der Ausschuß nahm einen Zusatzantrag an, der die Bewaffnung amerikanischer Schiffe im Handelsverkehr mit kriegführenden Staaten verbietet.

Ein Vertreter des Staatsdepartements erklärte während der Beratung der Vorlage zwischen die von Deutschland in der Ostmark und im Protektorat übernommenen Waffenbestände hätten Deutschland eine solche Ueberlegenheit gegenüber England und Frankreich gegeben, daß ein Nichtverkauf von amerikanischen Waffen an alle Kriegführenden in einem europäischen Konflikt eine Begünstigung Deutschlands durch Amerika darstellen würde (!).

Neue amerikanische Flugzeugbasis im Pazifik?

Washington, 14. Juni. In einem Schreiben an den Sprecher des Abgeordnetenhauses empfahl das Kriegsministerium den Bau eines auf 3,3 Millionen Dollar veranschlagten Wasserflugzeughafens im Pazifik in der Nachbarschaft von Honolulu und der Marinestation Pearl Harbour auf Hawaii.

Generalmajor Schley, der Leiter der Ingenieurarbeitung des Kriegsamtes, erklärte zur Begründung dieses Vorschlages, daß Pearl Harbour im Kriegsfalle einer erhöhten Beanspruchung nicht gewachsen sei.

Blutige Streikunruhen in den Vereinigten Staaten.

Milwaukee, 13. Juni. Das größte Industrieunternehmen des Staates Wisconsin, Allischalmers Manufacturing Co., das Agrarmaschinen herstellt, wurde am Dienstag der Schauplatz blutiger Streikunruhen.

Als am frühen Morgen Arbeitswillige mit Straßenbahnen zum Werk hinausfuhren, griffen Streikposten die Bahnen an und überschütteten sie mit einem Steinhagel. Die Polizei griff sofort ein und suchte die Streikposten mit ihren Gummiknüppeln und mit Tränengas zu vertreiben. Im Handgemenge wurden acht Polizisten so schwer mißhandelt, daß sie in das Krankenhaus überführt werden mußten. Auch zahlreiche Arbeiter erlitten Verletzungen.

Es ist bemerkenswert, daß es zu diesen blutigen Ausschreitungen kam, kurz nachdem der Gouverneur Julius Heil ein Ersuchen der Polizei, die Nationalgarde zum Schutz des Werkes zu mobilisieren, abgelehnt hatte.

Auch in Flint (Michigan) kam es in den General Motors-Werken zu Zusammenstößen, die nur durch den Einsatz der gesamten städtischen Polizei lokalisiert werden konnten. Diese Werke werden von der amerikanischen Facharbeitergewerkschaft bestreikt, und es handelt sich hier bezeichnenderweise nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern nur um den Kampf zwischen den rivalisierenden Gewerkschaften um das alleinige Verhandlungsrecht innerhalb der General Motors-Werke.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.